

Danziger Zeitung.

Nr. 17164.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Das Erbrecht im deutschen bürgerlichen Gesetzbuch.

Wenn wir einen kurzen Überblick über die hauptsächlichsten Bestimmungen geben wollen, welche der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs auf dem wichtigen Gebiete des Erbrechts auffüllt, so werden wir uns zunächst mit der gesetzlichen Erbsfolge, sodann mit der Abänderung derselben durch lehrländliche Verfügung und endlich mit den Schranken zu beschäftigen haben, welche dem Verfügungsrecht des Erblassers durch das Pflichttheilsrecht der berufenen Erben gezeigt sind.

Die gesetzliche Erbsfolge, das Intestatorenrecht, ist consequent nach dem sog. Parentalsystem geordnet, d. h. es sind zur Erbsfolge berufen zunächst die directen Abkömmlinge des Erblassers (Kinder, Enkel, Urenkel), sodann die Eltern und deren Nachkommen (Eltern, Geschwister, Neffen, Nichten), dann die Großeltern und deren Abkömmlinge (Großeltern, Onkel und Tanten, Vetter und Basen) u. s. f. dergestalt, dass jedesmal die nächstfolgende Linie nur dann zur Erbschaft gelangt, wenn kein Verwandter der näheren Linie vorhanden ist. Innerhalb der einzelnen Parental wird die Erbschaft nach Stämmen getheilt, d. h. an Stelle eines vor dem Erblasser verstorbenen Kindes etc. erhält dessen gesammte Descendenz zusammen einen Anteil. Außerdem ist der überlebende Ehegatte gesetzlicher Erbe, und zwar, sofern er mit Verwandten der ersten bzw. zweiten Linie zutheil hat, auf ein Viertel bzw. die Hälfte des Nachlasses; sind nur Verwandte der dritten oder einer entfernteren Linie vorhanden, so erhält der Ehegatte das Ganze. Erst wenn gar keine gesetzlichen Erben zu ermitteln sind, fällt der Nachlass dem Fiskus desjenigen Bundesstaates zu, welchem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat.

Diese gesetzliche Erbsfolge greift Platz, wenn der Erblasser es unterlassen hat, selbst Bestimmung über die Verteilung seines Nachlasses zu treffen. Dies kann geschehen durch in der gesetzlich vorgeschriebenen Form errichtetes Testament oder Erbvertrag. Bezüglich der Testamentsform enthält der Entwurf den landrechtlichen Bestimmungen gegenüber eine wichtige Neuerung, indem er neben der jetzt ausschließlich zugelassenen gerichtlichen Form der Errichtung als gleichberechtigt auch die notarielle anerkennt. Die ordentliche Form der Testamentserrichtung ist die vor Gericht oder Notar. Der Richter hat zur Aufnahme des Testaments einen Gerichtsschreiber oder zwei Zeugen, der Notar einen zweiten Notar oder wiederum zwei Zeugen zuziehen. In beiden Fällen kann die Testamentserrichtung — wie auch jetzt — in doppelter Form erfolgen: entweder durch mündliche Erklärung zu gerichtlichem bzw. notariellem Protokoll oder durch Übereichnung eines offenen oder verschlossenen Schriftstücks mit der Erklärung, dass dieses die lehrländliche Verfügung enthält. Die gleichen Formvorschriften gelten für die Errichtung eines Erbvertrages. Besondere erleichternde Bestimmungen, die sog. außerordentlichen Testamentsformen, sind für Fälle dringender Noth vorgesehen, so bei unmittelbarer Lebensgefahr — Errichtung vor dem Gemeindevorstand mit der Maßgabe, dass ein so errichtetes Testament außer Kraft tritt, wenn der

Testator nicht binnen drei Monaten verstorben ist —, bei Verkehrssperren in Folge ansteckender Seuchen — gleichfalls vor dem Gemeindevorstand oder in einem eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen Schriftstück oder mündlich vor drei Zeugen, — ferner auf Seereisen, endlich für Gesandte, Consuln und deren Personal im Auslande.

Durch besondere Einfachheit und Übersichtlichkeit zeichnen sich die Vorschriften des Gesetzbuchs über das Pflichttheilsrecht aus, die wir noch kurz zusammenstellen wollen. Pflichttheilsberechtigt ist jeder, der zur gesetzlichen Erbsfolge berufen ist, einschließlich des überlebenden Ehegatten. Der Pflichttheil beträgt in allen Fällen die Hälfte derjenigen Erbportion, welche der Berechtigte nach dem gesetzlichen Erbfolgerecht zu beanspruchen haben würde. Der Pflichttheilsberechtigte muss sich ihm hinterlassene Vermächtnisse hierauf und zwar auch dann anrechnen lassen, wenn er dieselben ausgeschlagen hat. Eine Beschränkung oder Entziehung des Pflichttheils ist — abgesehen von der Entziehung in wohlmeintender Absicht bei Überschuldung des Pflichttheilsberechtigten zu Gunsten von dessen Descendenz — gestattet wegen groben Undanks gegen den Erblasser, so im Falle der Lebensnachstellung, Misshandlung, Verweigerung des Unterhalts u. s. w. Der Anspruch des Notberufen ist nicht ein dinglicher auf Einweihung in den Nachlass, sondern lediglich eine Forderung gegen den eingesetzten Erben auf Herauszahlung des zur Erfüllung des Pflichttheils erforderlichen Geldbetrages; derselbe verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt ab gerechnet, wo der Berechtigte von dem Erbfall und von der den Pflichttheil einschränkenden Verfügung Nachricht erhielt. Auch durch bei Lebzeiten gemachte Schenkungen darf der Pflichttheilsberechtigte nicht benachtheiltigt werden, sofern er zur Zeit der Schenkung bereits „vorhanden“ — d. h. geboren oder concipit — und entweder schon pflichttheilsberechtigt war oder dies doch durch Fortfall anderer dazwischenstehender Personen werden konnte. Er hat in diesem Falle Anspruch darauf, dass ihm der Pflichttheil so berechnet werde, als ob die Schenkung nicht gemacht wäre. Doch geht sein Anspruch nur soweit gegen den Erben, als dieser mehr erhalten hat als den ihm nach gesetzlicher Erbsfolge zustehenden Erbtheil. Darüber hinaus kann er sich nur an den Beschenkten selbst halten, und zwar haftet der später Beschenkte vor dem früher Beschenkten.

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

(Fortsetzung.)

Rückversicherungsverbände.

S. 50. Mehrere Versicherungsanstalten können vereinbaren, die Lasten der Alters- und Invalidenversicherung ganz oder zum Theil gemeinsam zu tragen.

Veränderungen.

S. 51. Veränderungen der Bezirke der Versicherungsanstalten sind zulässig, sofern sie von dem Ausschuss einer beteiligten Versicherungsanstalt oder von der Regierung eines Bundesstaates, über dessen Gebiet sich die Versicherungsanstalt erstreckt, beantragt und von dem Bundesrat genehmigt werden. Vor dem Beschluss-

Auch halte sie für den Räufer das Geschäft für äußerst schwierig, und die Arbeitskräfte, über die sie selbst verfüge, seien lange nicht zahlreich genug, um ihr die Einbringung einer zweiten Ernte zu ermöglichen.

Umsonst bemühte sich Fritsch, ihre Gegengründe zu entkräften und sie seinem Wunsche geneigt zu stimmen. Erst als er mit Entschiedenheit erklärte, sich sogleich an Simon Moses wenden zu wollen, wenn sie bei ihrer Ablehnung beharrte, versprach sie, die Sache noch einmal in Überlegung zu ziehen und mit Riedel zu besprechen.

Am nächsten Morgen erschien Fritsch wieder im Schlosse, um sich Bescheid zu holen. Derselbe blieb ein ungünstiger, nur bemühte sich Cornelie, etwas freundlicher als gestern, ihren Entschluss als in seinem eigenen Interesse gefasst erscheinen zu lassen und ihm dringend von einem Unternehmen abzuraten, bei dem eine Übervortheilung des einen der beiden Theile fast unvermeidlich sei.

„Nun allerdings, da ich mich den Händen des Simon Moses überantworten muß“, antwortete der junge Mann erregt, „wird das Geschäft für mich mehr als zweifelhaft. Doch mir bleibt keine andere Wahl! So komme es denn, wie es mag!“ Mit diesen unheilvollen Worten verließ er Cornelie, welche unruhig zurückblieb.

Die Begegnung mit dem jungen Manne hatte sie mehr aufgeriegelt, als sie selbst glaubte. Versetzte sie doch seine Erscheinung in die Zeit zurück, die der unglückliche Wendepunkt ihres Lebens gewesen war. Mit schmerzlicher Genauigkeit erinnerte sie sich jeder Einzelheit, jedes Wortes, das sie damals vernommen, all' der süßen Gefühle, die sie durchströmte, als Gerd neben Fritsch um ihre Gunst geworben, — und sie verstand sich nicht mehr. Ihr eigen Selbst war ihr fremd geworden; der unselige Irrthum ihrer Wahl erschien ihr wie ein strafwürdiges Verbrechen. Wie hoch hatte sie damals Gerd über Fritsch gestellt! Und dennoch, hätte sie nicht eher noch auf Würdigung, auf Verständnis rechnen können bei ihm, als bei ihrem Gatten? —

Welch ein früherischer Zauber ihr damals die Welt geschmückt hatte! Dahin war er, gefchwunden vor der rauen Wirklichkeit! Auch jetzt lachte die Junisonne hernieder wie damals, und Baum und Strauch standen in Blüthen, — aber sie sah es kaum; selbst die Heimath, nach der sie sich ge-

fassung über die Genehmigung sind die Ausschlüsse der beteiligten Versicherungsanstalten, sowie die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, deren Gebiete bei der Veränderung beteiligt sind, zu hören. Bei Versicherungsanstalten für die Bezirke weiterer Communalverbände sind auch die Vertretungen der letzteren befugt, Anträge auf Veränderungen zu stellen, auch müssen sie vor der Genehmigung solcher Veränderungen gehört werden.

S. 52. Scheiben örtliche Bezirke aus dem Bezirk einer Versicherungsanstalt aus, so verbleibt der letzteren in vollem Umfang das bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens angehäufte Vermögen, sowie die Verpflichtung zur Deckung aller Rentenanprüche, welche auf Verwendung von Beitragssmarken dieser Versicherungsanstalt beruhen.

Führt die Veränderung zur Auflösung der Versicherungsanstalt, so geht deren Vermögen mit allen Rechten und Pflichten, sofern nicht eine andere Versicherungsanstalt mit Genehmigung der beteiligten Landesregierungen dieses Vermögen übernimmt, auf den weiteren Communalverband beziehungsweise Bundesstaat über, für welche die Versicherungsanstalt errichtet war.

Für gemeinsame Versicherungsanstalten erfolgt die anteilige Übernahme des Vermögens mit allen Rechten und Pflichten durch die beteiligten Communalverbände oder Bundesstaaten, und zwar, sofern darüber eine Einigung nicht zu Stande kommt, nach Bestimmung des Bundesrats, oder, wenn nur Communalverbände eines Bundesstaats beteiligt sind, der Landes-Centralbehörde.

S. 53. Streitigkeiten, welche in Betreff der Vermögensauseinandersetzung zwischen den beteiligten Versicherungsanstalten entstehen, werden mangels Verständigung über eine schiedsgerichtliche Entscheidung von dem Reichs-Versicherungsamt entschieden.

S. 54. Die Bestimmungen der §§ 51 bis 53 finden entsprechende Anwendung, sofern das Reich oder Bundesstaaten, welche die Alters- und Invalidenversicherung der von ihnen beschäftigten Personen für eigene Rechnung durchführen, rücksichtlich dieser Versicherung an die Versicherungsanstalten sich anschließen, oder zum Zweck der selbstständigen Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung mit den bezeichneten Betrieben aus Versicherungsanstalten ausscheiden wollen. Daselbe gilt für den Anschluss oder das Ausscheiden der in den §§ 4 und 5 erwähnten besonderen Kassen-einrichtungen.

III. Schiedsgerichte.

Schiedsgerichte.

S. 55. Für den Bezirk jeder Versicherungsanstalt wird mindestens ein Schiedsgericht errichtet.

Der Gith des Schiedsgerichts wird von der Centralbehörde des Bundesstaates, zu welchem der Bezirk der Versicherungsanstalt gehört, oder, sofern der Bezirk über die Grenzen eines Bundesstaates hinausgeht, im Einvernehmen mit den bezeichneten Centralbehörden von dem Reichs-Versicherungsamt bestimmt.

S. 56. Jedes Schiedsgericht besteht aus einem ständigen Vorsitzenden und aus Beisitzern.

Der Vorsitzende wird aus der Zahl der öffentlichen Beamten von der Centralbehörde des Bundesstaates, in welchem der Gith des Schiedsgerichts belegen ist, ernannt. Für den Vorsitzenden ist in gleicher Weise ein Stellvertreter zu ernennen, welcher ihn in Behinderungen vertreten wird.

Die Beisitzer werden in der durch das Statut bestimmten Zahl von dem Ausschüsse der Versicherungsanstalt, und zwar zu gleichen Theilen in getrennter Wahlhandlung von den Arbeitgebern und den Versicherten, nach einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Bezüglich der Wählbarkeit gelten die Bestimmungen des § 36.

Die Wahl erfolgt auf fünf Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amt, bis

siehnt wie der Schiffbrüchige nach dem Rettungshafen, gewährte ihr keinen Trost, sprach nicht mehr zu ihrem Herzen, das so kalt und todt in ihrer Brust lag, als gehöre es ihr nicht mehr an. Gerade hier verfolgten sie Erinnerungen, die sie gern gelöscht wären, die heuren Bilder ihrer Kindheit, ihren Eltern, von denen sie Hilfe erhofft, verschleiernd. Sie hatte gewahnt, in Buchenau würde das Gefühl grenzenloser Vereinsamung sich lösen; wieder hier schaltend und waltend wie ehedem, würde sie den kurzen bösen Traum der letzten zwei Jahre vergessen. Und nun erkannte sie, dass das nicht möglich sei, weil sie selbst eine andere geworden. Allem und jedem gegenüber war ihr, als müsse sie sprechen: „Was habe ich mit Dir zu schaffen?“ Ach! sie war fertig mit Glück und Leid der Erde und hatte keine Zukunft mehr.

3. Kapitel.

Gegen Abend wurde abermals ein Besuch bei Cornelie gemeldet. Diesmal war es Bernack, der sie in dringender Angelegenheit zu sprechen begehrte. Da er eigens deshalb von Blankenhain gekommen war, und sie nach der Zurückhaltung, die er bei seiner Anwesenheit in der vorigen Woche bewiesen, schliefen musste, dass nur trüffige Gründe ihn ihre abweisende Haltung vergessen ließen, nahm sie ihn an.

Erwartungsvoll blickte sie ihm entgegen. Als er aber vor sie trat und sein Auge forschend auf ihr ruhen ließ, schlug sie befangen das ihre nieder, jener Begegnung am Tage vor ihrer Hochzeit gedenkend. Musste nicht auch er sich daran erinnern?

„Ich möchte Sie bitten, die Antwort, die Sie dem Gutsbesitzer Fritsch heute früh gegeben, noch einmal in Erwägung zu ziehen“, begann er, als er Platz genommen.

„Sie fahrt ihn bestimmt an. „Ist Herr Fritsch Ihr Freund?“ fragte sie dann kühl, während er nach dem rechten Wort zu suchen schien, um sich näher zu erklären.

„Das nicht — ich kenne ihn erst, seit ich in dieser Gegend beschäftigt bin“, entgegnete er zögernd.

„So verstehe ich nicht —“

„Sie wollen fragen, gnädige Frau, was mich die Sache eigentlich angeht! — Sie haben ganz recht — Sie geht mich persönlich garnichts an, —

ihre Nachfolger ihr Amt angereten haben. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

S. 57. Name und Wohnort des Schiedsgerichtsvorsitzenden und seines Stellvertreters, sowie die Beisitzer sind von der Landes-Centralbehörde in dem zu deren amtlichen Veröffentlichungen bestimmten Blatte bekannt zu machen.

S. 58. Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter, sowie die Beisitzer sind mit Beziehung auf ihr Amt zu verpflichten.

Die Festsetzung der den Beisitzern zu gewährenden Vergütungen (§ 43), sowie der baaren Auslagen erfolgt durch den Vorsitzenden.

Der Vorsitzende ist berechtigt, die Übernahme und die Wahrnehmung der Obigkeiten des Amtes eines Beisitzers durch Geldstrafen bis zu fünfhundert Mark gegen die ohne zulässigen Grund sich Weigernden zu erzwingen. Die Geldstrafen fließen zur Kasse der Versicherungsanstalt.

Werweigern die Gewählten ihre Dienstleistung, so hat, so lange und soweit dies der Fall ist, die untere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Gith des Schiedsgerichts belegen ist, die Beisitzer aus der Zahl der Arbeitgeber beziehungsweise Versicherten zu ernennen.

S. 59. Der Vorsitzende beruft das Schiedsgericht und leitet die Verhandlungen derselben. Durch das Statut können über die Reihenfolge, in welcher die Beisitzer zu den Verhandlungen zuzuordnen sind, Bestimmungen getroffen werden.

Das Schiedsgericht ist befugt, Zeugen und Sachverständige, auch eidlich, zu vernehmen.

Das Schiedsgericht entscheidet in der Besetzung von drei Mitgliedern, unter denen sich ein Arbeitgeber und ein Versicherter befinden muss.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts erfolgen nach Stimmenmehrheit.

Im übrigen wird das Verfahren vor dem Schiedsgericht durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats geregelt.

Die Kosten des Schiedsgerichts, sowie die Kosten des Verfahrens vor demselben tragen die Versicherungsanstalt. Das Schiedsgericht ist jedoch befugt, den Beisitzten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch unbegründete Beweisanträge verursacht werden sind.

Dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts und dessen Stellvertreter darf eine Vergütung von der Versicherungsanstalt nicht gewährt werden.

IV. Verfahren.

Feststellung der Rente.

S. 60. Verjährige, welche den Anspruch auf Billigung einer Alters- oder Invalidenrente erheben, haben diesen Anspruch bei der für ihren Wohnort zuständigen unteren Verwaltungsbehörde anzumelden. Der Anmeldung sind das Quittungsbuch, sowie diejenigen Beweistücher beizufügen, durch welche das für die Altersrente vorgeschriebene Lebensalter beziehungsweise die Erwerbsunfähigkeit dargethan werden soll.

Die untere Verwaltungsbehörde hat den Antrag unter Anschluss der beigebrachten Urkunden mit ihrer gutachtligen Aeußerung dem Vorstande derjenigen Versicherungsanstalt zu übersenden, an welche ausweislich des Quittungsbuchs zuletzt Beiträge entrichtet worden waren.

Der Vorstand der Versicherungsanstalt hat den Antrag zu prüfen und, sofern die beigebrachten Beweistücher nicht ausreichend erscheinen, weitere Erhebungen zu veranlassen. Die Kosten derselben fallen der Versicherungsanstalt zur Last.

Wird der angemeldete Anspruch anerkannt, so ist die Höhe der Rente sofort festzustellen. Dem Empfängerberechtigten ist sodann ein schriftlicher Bescheid zu ertheilen, aus welchem die Art der Berechnung der Rente zu erssehen ist.

Wird der angemeldete Anspruch nicht anerkannt, so ist derselbe durch schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid abzulehnen.

aber — wenn man einen Menschen so von Schritt zu Schritt ins Verderben laufen sieht, — sagen Sie selbst, muss man da nicht versuchen, seinen Sturz aufzuhalten?

„Verberben, Sturz?“ unterbrach sie ihn. „Was meinen Sie damit?“

„Dass die Subsistenz des Gutes, wenn Sie bei Ihrem abschlägigen Bescheide beharren, nicht zu vermeiden sein wird. Fritsch hat Ihnen das natürlich nicht gesagt. Mir aber hat er einen Einblick in seine Lage gestattet; ich bin genau unterrichtet —“

„So weit ist es schon gekommen?“ rief Cornelie.

„Sein Vater ist doch ein sehr reicher Mann —“

„Jedenfalls war er das. Ob er es noch heute ist, scheint mir mehr als zweifelhaft. Er hat seinem Sohn das Gut geschenkt, hat sich auch sonst für diesen keine Ausgabe verdrießen lassen; dazu munkelt man in Berlin von einigen missglückten Spekulationen — nun, wie dem auch sein mag, jedenfalls hat er sich mit dem So

S 61. Gegen den Bescheid, durch welchen der Anspruch abgelehnt wird, sowie gegen den Bescheid, durch welchen die Höhe der Rente festgestellt wird, steht dem Versicherten die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung zu. In letzterem Falle darf jedoch die Berufung nur auf die Behauptung gestützt werden, daß bei Feststellung der Rente eine zu niedrige Beitragszeit zu Grunde gelegt sei oder daß die Rente für die festgesetzte Beitragszeit den Bestimmungen der §§ 17 und 18 nicht entspreche.

Der Bescheid muß die Bezeichnung der Berufungsinstanz und des für die Berufung zuständigen Schiedsgerichts, sowie Namen und Wohnort des Vorsitzenden des letzteren enthalten. Die Berufung ist bei Vermeidung des Ausschlusses binnen vier Wochen nach der Zustellung des Bescheides bei dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts einzulegen.

Die Berufung hat keine ausschließende Wirkung.

S 62. Der Entscheidung des Schiedsgerichts sind, so weit sie sich auf die Höhe der Rente erstreckt, die für die betreffenden Versicherungsanstalten festgestellten Tarife zu Grunde zu legen.

Eine Ausfertigung der Entscheidung des Schiedsgerichts ist dem Berufenden und dem Vorstande der Versicherungsanstalt zu stellen.

S 63. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht beiden Theilen das Rechtsmittel der Revision zu. Die Revision hat keine ausschließende Wirkung. Ist von dem Schiedsgericht der Anspruch auf Rente im Widerspruch mit dem Vorstande der Versicherungsanstalt anerkannt und nicht gleichzeitig über die Höhe der Rente entschieden, so hat der Vorstand der Versicherungsanstalt unverzüglich die Höhe der Rente festzustellen und auch in denjenigen Fällen, in welchen das Rechtsmittel der Revision eingeleget wird, sofort wenigstens vorläufig die Rente zu zulassen. Gegen die Billigung einer vorläufigen Rente findet ein Rechtsmittel nicht statt.

(Forts. folgt.)

Deutschland.

* Berlin, 10. Juli. Die Entlassungs-Bewilligung des Marine-Ministers v. Caprivi war, dem „Hamb. Corr.“ zufolge, durch einen ganz außerordentlich gnädiges, eigenhändiges Schreiben des Kaisers begleitet, in welchem gesagt wird, daß in Rücksicht auf bevorstehende Änderungen dem Gesuch stattgegeben werde, und unter wärmster Herabhebung der Verdienste v. Caprivi um die Hebung der Marine ausgedrückt wird, daß eine so ausgezeichnete Kraft an anderer Stelle nicht entbehrt werden könne. Dem Vernehmen desselben Blattes nach ist v. Caprivi bereits zum commandirenden General des 10. Armeecorps (Hannover) ernannt worden.

Im Zusammenhang mit dieser Personal-Veränderung dürfte, schreibt die „Nat.-Ztg.“, die Frage von neuem zur Entscheidung kommen, ob die bisher vom Militärcabinet reisortirenden Vorschläge zu den Ernennungen für die Offiziersstellen nicht ebenso zur Zuständigkeit des Kriegsministeriums verwiesen werden sollen, wie sie in allen anderen Zweigen des Staatsdienstes zur Kompetenz der betreffenden Ministerien gehören. General v. Albedyll stand im Range über dem jetzigen Kriegsminister v. Brossart, als dieser das Ministerium übernahm; dies wurde damals als ein Hindernis der Aenderung bezeichnet, welche, so wurde behauptet, u. a. von dem General v. Caprivi damals zur Bedingung der Übernahme des Kriegsministeriums gemacht worden war. Der künftige Chef des Militärcabinets steht dem jetzigen Kriegsminister im Range nach.

* Berlin, 10. Juli. Dem großen Manöver des Gardekorps und des dritten Armeecorps, welches im September zwischen Müncheberg, Frankfurt und Gießen stattfindet, wird der Kaiser bewohnen. Wie verlaufen wird, wird der Kaiser zu Lahnfelde unweit Müncheberg bei dem Baron von Pfuhl, zu Alt-Mahldorf in der Nähe von Driesen bei dem Grafen Finch von Finchenstein, wo er noch un längst zur Jagd weilt, absteigen und auf dem großen Sandfelde bei dem Ort Falkenhagen unweit Petershagen eine große Revue abhalten. Auf demselben Terrain haben auch Kaiser Wilhelm I. und Prinz Friedrich Karl wiederholt die Truppen besichtigt.

* [Die Kaiserin-Wittwe Victoria] soll, wie einem Florentiner Blatt gemeldet wird, mit ihren Töchtern demnächst in Florenz eintreffen und in der Villa Palmeri längeren Aufenthalt nehmen.

* [Minister Herrfurth und die Sozialdemokraten.] Von sozialdemokratischer Seite wird der neue Minister des Innern, Herr Herrfurth, mit Genugthuung begrüßt. So schreibt die

„Gerecht — vielleicht!“ meinte er, sie mild und freundlich anscheinend. „Doch die Sonne scheint über Gerechte und Ungerechte! — Sehen Sie, gnädige Frau, wenn Sie irgend eine Gefahr bei dem Geschäft liegen, wenn es Sie ein Opfer kostete — ich würde Sie nicht belästigen — aber davon ist ja keine Rede, im Gegenteil, Sie können Ihren Vortheil wahrnehmen —“

Sie unterbrach ihn mit einer etwas unwilligen Bewegung und zwischen ihren Augenbrauen erschien eine kleine Falte.

Noch schwerer als das Wohl des Tritsch selbst fällt aber für mich ein zweiter Grund in's Gewicht“, fuhr er fort. „Sie kennen die völlig unhaltbaren Zustände, die im Dorf Blankenhalde eingetragen sind, den traurigen Krieg, der seit Jahren schon zwischen Gutserwerbung und Arbeitern herrscht. Die Eritterung zwischen beiden Parteien ist so groß, daß am ein Nachgeben von einer Seite nicht mehr zu denken ist. In diese nicht gerade erfreulichen Verhältnisse trat ich mitten hinein. Ich brauchte Arbeiter, und die verarmten Blankenhalder boten sich mir an, zu jürgen, wenn ihnen der in der Gegend übliche Tagelohn genehmigt wurde. Dieser ist höher, als der, den Tritsch zahlt, doch niedriger, als der, den die Arbeiter von ihm verlangten. Ich halte ein strenges Regiment; jeder, der sich etwas zu Schulden kommen läßt, wird sofort entlassen. Dennoch habe ich nur dreimal nötig gehabt so zu strafen. Der Gegen regelmäßiger Arbeit wird den Leuten allmählich wieder klar, und schon jetzt läßt sich eine Besserung der Zustände in Blankenhalde erkennen. Leider aber kann ich die Arbeiter nicht auf die Dauer beschäftigen; ich bin gezwungen, schon jetzt einen Theil der selben zu entlassen, und mit Beginn des Frostes muß ich die Arbeit ganz einstellen. Meine Aufgabe in Blankenhalde ist dann mit der Vollendung des Bahndamms beendet, und wenn ich auch vom Frühjahr an hier in Buchenau beim Brückenbau bleibe der Leute wieder verwenden werde, so bleibt die bei weitem größere Zahl beschäftigungslos. Dann wird also in Blankenhalde alles beim alten sein und der frühere heilige Zustand wird wiederkehren. — Gnädige Frau! Sie haben ein Herz für die Armen, Sie denken human!“

„Kennen Sie mich so genau? Ich glaube, Sie irren“, fiel sie ihm herb ins Wort. „Wenn ich

„Berliner Volkstribüne“, dasjenige sozialdemokratische Blatt, welches das System Puttkamer wohl am schärfsten angegriffen hat: „Überhaupt soll Herr Herrfurth den Durchschnitt der preußischen höheren Beamten an nationalökonomischer Bildung entschieden übertragen, und dieser Bildung ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der neue Minister des Innern als Vorsitzender der Reichskommission für Beschwerden gegen die Ausführung des Sozialstengesetzes notorisch manche Uebergriffe von Unterbeamten aufzuheben wenigstens gesucht und bisweilen auch gewußt hat.“ Die Zukunft allein werde freilich lehren, ob der sozialistischen Literatur ein breiterer Spielraum denn bisher werde eingeräumt werden. In der That hat Herr Herrfurth als Vorsitzender der Reichskommission eine große Umsicht und Unparteilichkeit bewiesen. Eine ganze Anzahl auf Grund des Sozialstengesetzes verbotener Zeitungen und Schriften ist auf erhobene Beschwerde wieder freigegeben worden.

* [Zur Begutachtung des Alters- und Invalidenversorgungsgesetzes] schreibt die „Volks-Zitung“: Trotz der unbeteilbaren Wichtigkeit des Alters- und Invalidenversorgungsgesetzes für die Arbeiter verlautet nichts darüber, daß daselbe, bevor sich die preußische Regierung über ihre Stellungnahme zu dem von den Ausschüssen des Bundesrates festgestellten Entwurf schließen macht, dem Staatsrathe zur Begutachtung vorgelegt werden soll, und auch von einer Einberufung des Volkswirthschaftsrates zum Zwecke der Prüfung der Vorlage ist keine Rede. Dagegenüber muß man sich fragen, welchen Zweck eigentlich diese S. 3. in ziemlich demonstrativer Weise ins Leben gerufenen Institutionen haben, wenn sie bei so wichtigen Gelegenheiten nicht in Funktion treten sollen. Für den Staatsrat würde allerdings ein neuer Vorsitzender zu ernennen sein, doch dürfte der augenblickliche Mangel eines Präsidenten kaum ein Grund zur Unterlassung seiner Einberufung sein. Vielleicht ist man der Ansicht, daß eine Prüfung des Entwurfs durch diese beiden Körperschaften überflüssig sei, und hält es für ausreichend, wenn die in einigen Provinzen gebildeten Gewerbe-Kammern sich mit der Angelegenheit beschäftigen; ob man in Preußen die Handelskammern und die denselben gleichstehenden aber anders benannten kaufmännischen Corporationen offiziell zur Abgabe eines Gutachtens über den Entwurf auffordern wird, bleibt abzuwarten; in einigen anderen deutschen Staaten ist dies bei ähnlichen Gelegenheiten der Fall gewesen.

* [Massregeln gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.] Nach den der „Doss. Ztg.“ zugehenden Mitteilungen hat, wie amtliche Ermittelungen ergeben haben, das Reichsgesetz vom 23. Juli 1879, wonach die Erlaubnis zum Betriebe der Gastronomie, oder zum Ausschank von Wein, Bier oder anderen nicht unter die Gattung von Branntwein oder Spiritus fallenden geistigen Getränken in Ortschaften mit weniger als 15 000 Einwohnern, sowie in solchen mit einer größeren Einwohnerzahl, für welche dies durch Ortsstatut festgelegt wird, von dem Nachweise des vorhandenen Bedürfnisses abhängig ist, seinen Zweck, den übermäßigen Branntweingeisen zu steuern, bisher nicht erreicht. Da auch von dem neuen Gesetz über die Besteuerung des Branntweins nach dieser Richtung hin eine genügende Wirkung nicht erwartet werden darf, so hat man neuerdings die Frage weiterer gesetzlicher Maßnahmen gegen den Mißbrauch geistiger Getränke an maßgebender Stelle in Erwägung genommen. Seitens der Reichsregierung wurden die Bundesregierungen um gutachtlische Aufklärungen darüber ersucht, ob und eventuell wie weit eine Ergänzung bzw. Änderung der bestehenden Gesetzgebung vorzunehmen sein möchte, um dem übermäßigen Branntweingeisen zu entgegenzutreten. Die Antworten der Bundesregierungen sind bereits eingegangen und es unterliegt nunmehr die Frage der Prüfung der beteiligten Ressorts der Reichsverwaltung. Außerdem unterliegt die bereits bei der Beratung des neuen Branntweinsteuergesetzes in Anregung gekommene Frage der Zulässigkeit eines Fuselgehalts im Trinkbranntwein im Reichsgefundenheitsamt einer eingehenden Prüfung. Hierüber hatte vor einigen Jahren der internationale Kongress

auch nicht das Glück habe, Sie näher zu kennen, so werden Sie mir doch erlauben müssen, Sie nach Ihren Werken zu beurtheilen. Buchenau spricht für Sie! —“

Er schwieg einen Augenblick, dann sprach er lebhaft in warmem Tone weiter: „Ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, einander beizustehen und zu helfen, so weit man das vermag. Ist das nicht auch die Grundlehre des Christenthums? — Sie aber vermögen zu helfen. Wenn Sie die Ernte auf dem Hause kaufen, so brauchen Sie auch Arbeiter, dieselbe einzubringen. Sie können ja mit den eigenen Kräften die Arbeit auf beiden Gütern nicht zwingen. Der Zwist der Blankenhalder mit Tritsch geht Sie nichts an, — Sie nehmen also die Leute in Ihren Dienst, führen sie zu den bei Ihnen üblichen Lohnsätzen zurück auf die so lange von Fremden bestellten Felder und bahnen ihnen so den Weg zur Versöhnung mit Tritsch, der sich dafür verpflichten muß, ferner Ihre Preise zu zahlen und in Ihrer Art für das Wohl der Leute zu sorgen. — Nun, gnädige Frau, ist das nicht eine Ihrer würdige Aufgabe?“

Während sie schon längst bewegt Bernack innerlich zustimmte, kämpfte sie doch mit allerlei Verständesgründen die Stimme ihres Herzens nieder. Hatte nicht derselbe Mann, der so hohe Worte sprach, Bertha Riedel in's Unglück gestürzt und sie hilflos verlassen? Es war ja alles Heuchelei und Lüge! Sie traute niemand mehr!

Er aber fragte sich, als sie noch immer schwieg, was dies Gemüth so traurig verwandelt habe? Das blühende, glückstrahlende Mädchen, das er einst gesehen, trat vor sein geistiges Auge — es war ein Reif auf die Blüthenpracht gefallen — „Ich werde die Sache noch einmal mit Riedel überlegen“, meinte ihn jetzt ihre Stimme aus seinen Betrachtungen auf.

„Mit Riedel? — Verzeihen Sie, gnädige Frau, — er ist ein braver Mann, Ihnen treu ergeben und auf Ihren Vortheil bedacht — aber höhere Gesichtspunkte sind ihm fremd, und die Motive, die für Ihre Einwilligung sprechen, versteht er nicht.“

Sie mußte ihm innerlich Recht geben, doch das einzugehen, fühlte sie keine Veranlassung. „Ich werde morgen Antwort nach Blankenhalde senden“, verließ sie daher, alle weiteren Erörterungen abschneidend.

Bernack erhob sich sogleich und verabschiedete sich.

(Fortsetzung folgt.)

für Gesundheitspflege berathen, um sich dann dahin auszusprechen, daß der Kampf gegen den Alkoholismus nur dann siegreich sein werde, wenn es gelinge, jede andere Alkoholart als Aethylalkohol vom Handel auszuschließen. Dazu wäre erforderlich: 1) ein chemisches Reagens zu besitzen, welches genau und rasch in irgend einer alkoholischen Flüssigkeit die darin enthaltene Menge nicht äthylichs Alkohols zu dosiren erlaubt, und 2) jede Bereitungsweise von Alkohol zu verbieten, welche nicht eine vollkommene Rectificirung der erhaltenen Produkte sicher.

* [Kaiserliche Civiliste.] Die „Münch. Allg. Ztg.“ läßt sich aus Berlin Folgendes schreiben: „In jüngster Zeit wurde der Gedanke an eine Erhöhung der Civiliste des Kaisers und Königs oder die eventuelle Einführung einer Civiliste für den Kaiser angeregt und mehrfach befürwortet. Der Kaiser bezieht aus Reichsmitteln bekanntlich keine Einkünfte, seine Staatseinkünfte fließen allein aus Preußen, wo, dem erhöhten Glanz und den vermehrten Verpflichtungen des königlichen Hauses entsprechend, die Civiliste von 1½ Mill. auf 12 Mill. Mk. erhöht wurde. Wir wissen nicht, wie weit der Plan, für den kaiserlichen Aufwand in ausreichender Weise Deckung zu schaffen, gediehen ist. Jedenfalls ist aber die hiergegen vorgetragene Behauptung, daß jene Erhöhung der Civiliste Kaiser Wilhelm ermöglicht habe, alljährlich mehrere Millionen zu erparieren, thatächlich unrichtig. Denn einmal ist der Nachlass Kaiser Wilhelms keineswegs so bedeutend, als anfangs angenommen wurde, und überschreitet 25 Mill. Mark nicht, von denen nur ein geringerer Theil an den regierenden Kaiser und König gekommen sein oder als sidetkommissarisches Gut in den Renten ihm noch zur Verfügung stehen soll. Dann aber erwachsen ohne Zweifel aus den Kosten des Kaisers nach dem Auslande neue und bedeutende Kosten, wie denn überhaupt die Grenzen für den kaiserlichen Aufwand im Reichs- und Staatsinteresse unbeschadet der überlebten streng sachliche Deconomie recht wohl weiter gesteckt werden können. Goll der Plan weiter verfolgt werden — wovon wir, wie gesagt, keine nähere Kenntnis haben —, so wird es vornehmlich darauf ankommen, welche Stellung die Bundesregierungen zu dieser Änderung der Reichsverfassung einnehmen würden. Bisher verlautete, daß verschiedene der ersten Bundesfürsten schon zu Kaiser Friedrichs Lebzeiten ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hätten, dem Plante zuzustimmen. Zunächst wird man abzuwarten haben, ob und in welcher Richtung und Form die Befreiung des Reiches an den Kosten des Aufwandes des Kaisers greifbare Gestalt annimmt.“

Potsdam, 9. Juli. Der Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ist mit seiner Gemahlin, der Herzogin Caroline Mathilde, heute Abend 10½ Uhr hier eingetroffen und im Stadtschloß abgestiegen. Der Kaiser und die Kaiserin begrüßten dieselben im Stadtschloß und nahmen mit denselben gemeinsam den Thee ein.

Österreich-Ungarn.

Wien, 8. Juli. Zu Ehrenmitgliedern der Akademie der bildenden Künste sind folgende deutsche Künstler ernannt: Hermann Baesch in Karlsruhe, Christ. Ludw. Bockelmann in Düsseldorf, Wilhelm Diez, Fritz August Raulbach, Wilhelm Lindenschmit und Ludwig Löfftz in München; Arnold Böcklin in Basel; der Kupferstecher Karl Koeppling aus Dresden, derzeit in Paris; der Bildhauer Fritz Schaper in Berlin; die Architekten Georg Hauberrisser in München und August Orth in Berlin.

Bulgarien.

Sofia, 9. Juli. Die bulgarisch-serbische Commission, welche Ende vorigen Monats wegen der Bregava-Grenzfrage in Negotin zusammengetragen ist, nach endgültiger Regelung der Angelegenheit wieder auseinander gegangen. (W. Z.)

Die Differenzen zwischen dem serbischen Königsparre.

Die eheliche Arise zwischen Milan und Natalie dauerte seit ungefähr acht Jahren. Bis dahin hatten die Vermählten auf dem Throne ein glückliches, ja mustergültiges Eheleben geführt — und wenn auch einige Verstimmungen vorgefallen sind, so fanden dieselben doch rasch und unter vier Augen ihren Abschluß. Im Jahre 1880 kam es zum ersten Conflict, welcher der Umgebung des Hoses und der katholischen Gesellschaft der serbischen Hauptstadt nicht verheimlicht werden konnte. Die Königin (oder richtiger damals Fürstin) hatte eine ihrer rumänischen Verwandten nach Belgrad kommen lassen; dieselbe, eine mehr interessante und pikante als schöne Erscheinung, bekleidete die Stelle einer ersten Höfdamme und begleitete das fiktürliche Ehepaar überall auf den Reisen im Innern des Landes, auf Spazierfahrten, ins Theater u. s. w. Diese Intimität währt so lange, bis eines schönen Morgens die Vermande und Höfdamme in größter Eile nach Hause reiste. Im Publikum aber erzählte man sich, daß diese bekleidete Abreise auf die Eifersucht der Königin zurückzuführen sei.

Bald darauf war aber, wie das „N. W. Tageblatt“ erzählt, die Episode mit der Höfdamme vergessen und vergessen, Serbien wurde von den Mächten als Königreich anerkannt, und es schien, als sollte im Glanze der Königskrone ein frisches etheliches Glück emporpricken. In der That war das Verhältnis ein ziemlich leidliches bis zum Feldjuge von 1885. Die Königin hatte sich da offenbar zu politischen Machinationen hinreissen lassen; sie betrachtete sich bereits als Regentin des Königreiches im Namen und für Rechnung ihres Gönchens. Die Sache war so weit gediehen, daß die Abdankungsurkunde, welche König Milan unterfertigen sollte, bereits aufgesetzt war. Man hatte sie ihm ins Lager gesetzt. Aber statt das Instrument zu unterzeichnen, reiste Milan schnurstracks von Pirot nach Belgrad, erschien ganz unvermutet im Konzil vor den Augen seiner Gemahlin das Document und überhäufte sie mit Vorwürfen, weil sie ihren im Felde besiegten Gemahlin gar so rasch im Stich lassen wolle. Milan erklärte nun, daß er der Herr bleiben wolle, und fasste eine unüberwindliche Abneigung gegen alle diejenigen, welche bei dem Regentencomplot die Hände im Spiele hatten.

Nichts konnte seinen Groll gegen diese Männer beflügen, und der Gefannte einer mit Serbien stark befreundeten Macht mußte bald darauf von Belgrad weg versetzt werden, trotzdem dieser Diplomat bis zum Ausbrüche des Krieges zu den intimsten Hausgenossen des Königs zählte und während des Krieges Serbien einen unschätzbaren Dienst geleistet hatte. Aber König Milan hatte Grund, anzunehmen, daß der Gefannte die politischen Bestrebungen der schönen Natalie gefördert habe, und auf diesen vermutlich ungerechtfertigten Verdacht hin ruhte er nicht eher, bis der betreffende Diplomat Belgrad verlassen hatte.

Seit dem Kriege von 1885 herrschten Hader und Zwist im königlichen Palais zu Belgrad. Die Königin wurde immer nervöser, und wenn sie sich nicht von jedem Verkehr mit ihrem Gatten fernhielt und sich in ihren Appartements abschloß, so gab es die peinlichsten und aufregendsten Austritte. Nicht immer fanden dieselben ohne Zeugen statt. Der König selbst machte aus der Situation, die nun geschaffen war, kein Hehl. Er klagte ganz ungern, daß seine Gattin mit ihren Launen und Austritten ihm die Häuslichkeit verbitterte, und daß er wohl genötigt sei, auswärts Ferstreunen zu suchen. Seine Ausflüge nach Ungarn wurden häufiger, er brachte wochenlang auf der Jagd oder auf den Schlössern reicher Magnaten zu. Hieß er sich in Belgrad auf, so besuchte er Abends der Reihe nach und unangemeldet die verschiedenen Gefannten; mit besonderer Vorliebe den deutschen, Grafen Bran, und den französischen, Herrn Millet, dessen Gattin eine anmutige und prächtige Pariserin von unverfälschtem Chic ist. Oder er ging in's Wachtloch des Schlosses und spielte mit den Offizieren Karten. Die Stimmung der Königin aber wurde immer geheimer und die Abendbesuche des Königs bei den Belgrad-accredited Diplomaten nährten ihren Argwohn und ihre Eifersucht. Sie hatte auf mehrere Damen Verdacht — ohne daß auch nur der geringste Anlaß vorhanden gewesen wäre. Zuerst war es die Gattin eines hohen serbischen Offiziers und dann die Frau eines griechischen Diplomaten. Bei dem festlichen Empfang, der, wie üblich, zu Ostern 1887 bei Hofe stattfand, kam es zu einem höchst skandalösen Auftritt. Die Königin weigerte sich, wie es die Höflichkeit für diesen Tag vorschreibt, die griechische Dame zu küsselfen, und als der König sie auf das Ungeleimte ihres Beitrags aufmerksam machen wollte, antwortete die Königin mit einer solchen Lebhaftigkeit, daß die bestürzte Diplomatin, welche nicht gekommen waren, um einer solchen Scene beizuwohnen, sich schleunigst entfernen. An diesem Tage wollte König Milan sofort auf Scheidung dringen, und er gab dem damaligen Minister Garaschanin die entsprechenden Weisungen.

Das Weitere ist bekannt.

Über eine Unterredung mit dem Bischof Dimitriji, der, wie gemeldet, ohne von der Königin Natalie empfangen worden zu sein, über Wien nach Belgrad zurückgekehrt ist, meibet der Wiener Correspondent des „B. Tagebl.“ folgendes: Der Bischof versicherte mich nachdrücklich, daß er nicht von König Milan, sondern von den serbischen Synoden nach Wiesbaden gesandt worden sei, um einen Versöhnungsversuch auf folgender Grundlage anzubahnen: Der Thronfolger sei heimzufinden, Königin Natalie selbst aber werde im Auslande verbleiben unter Beibehaltung des Titels Königin, ferner solle sie standesgemäße Apanage erhalten und die sonstigen aus ihrer Stellung erwachsenden Vortheile genießen.

Der Kriegsminister Protic ging nach Wiesbaden als Abgeandter des Königs mit dem Auftrage, den Thronfolger gutwillig oder mit Anwendung der ihm entsprechend scheinenden Mittel heimzuholen. Der Bischof glaubt, Protic werde in den nächsten Tagen mit dem Thronfolger hier ein treffen. Ob die deutsche Regierung bereits formell ersucht worden, nöthigenfalls die Heimholung des Thronfolgers gegen den Willen der Königin Natalie bewerkstelligen zu helfen, weiß der Bischof nicht, doch ist er überzeugt, daß die deutsche Regierung jedenfalls bereit sei, eine eventuelle

Schrader, v. Bergmann teilnahmen. Tobold erklärte auf Grund der Röhlkopfsspiegeluntersuchung mit Ausschluß jeder anderen Diagnose, daß Krebs vorliege; die übrigen stimmten bei und empfahlen einstimmig Röhlkopföffnung und Entfernung der Geschwulst. Am 20. Mai kam Mackenzie, welcher sich gegen die Krebsdiagnose ausprach und erklärte, er sei gegen jede Operation, so lange nicht die mikroskopische Untersuchung eines herausgenommenen Stücks die Krebsnatur der Wucherung erwiesen habe. Am 21. Mai entfernte Mackenzie ein Stückchen Gewebe; Virchows Untersuchung ergab nur iritative Vorgänge und zwischen den wuchernden Epithelen vereinzelte Reste concentrisch geschichteter Epithelzellen. Mündlich sprach sich Virchow dahin aus, daß es sich um Pachydermia Laryngis handeln dürfte. Mackenzie suchte am 23. Mai ein weiteres Probeobjekt zu gewinnen, konnte aber nichts erreichen; die Jange kam leer zurück. Gerhardt fand beide Stimmbänder geröthet, das rechte mit Blut unterlaufen, am Rande des rechten Stimmbandes eine schwarzothe Anschwellung in die Glottis vorragend; er sagte Mackenzie, er habe statt des linken Stimmbandes das rechte geschnitten und gerissen. Nach mehreren Consultationen fand am 25. Mai eine größere Consultation statt, in welcher zugestanden wurde, daß Mackenzie die Geschwulst mit scharfer Jange und mit glühendem Platindraht entferne. Tobold sprach seine Befürchtung vor wiederholten Operationen und Eingriffen aus, welche das Wachsthum nur beschleunigten. Auf Mackenzies Wunsch wurde Pulver aus Morphinum, Wismuth und Catechu eingeblasen, während nach der Ansicht der anderen Ärzte der Krebs im Wachsen begriffen war. Auf Mackenzies Anrathen erfolgte sodann die Reise nach der Insel Wight; die anderen Ärzte konnten diese Reise nicht hindern. Mackenzie fuhr fort, sich gegen Krebs auszusprechen. Die deutschen Ärzte verlangten, es solle eine Ueberwachung durch einen kundigen deutschen Arzt stattfinden. Am 6. Juni wurde die Begleitung der Doctoren Wegener und Landgraf festgestellt. Mackenzie beharrte in seinen Berichten bei seiner günstigen Anschauung. Dr. Landgraf sah am 1. Juli nach einer am 28. Juni vorgenommenen Geschwulstoperation Mackenzies, daß das Röhlkopfsinnere geröthet und die innere Wand von grüngelbem Aussehen war. Professor Bergmann erklärt, die von ihm im Juni vorgeschlagene Operation würde nicht gefährlicher gewesen sein als wie gewöhnliche Tracheotomie. Mackenzies Widerspruch vereitelte die Operation, zu welcher schon Vorbereitungen getroffen waren. Mackenzie wies die von Bergmann und anderen Ärzten scharf betonte Krebsdiagnose zurück. Virchoro konnte immer nur das vorliegende Stückchen untersuchen. Professor Schröter hat in San Remo das Weitergreifen einer bösartigen Neubildung constatirt; er redigte auf Wunsch der anwesenden Collegen ein Memorandum über die Chancen einer Laryngektomie gegenüber der Tracheotomie. Die November-Declaration von San Remo enthält die Erklärung Mackenzies, Schröters, Schraders, Krauses, Schmidts, Hövels, daß es sich um Röhlkopfkrebs handele. Die Ärzte äußerten die Ansicht, daß es sich jetzt nur um eine Totalerkrankung handeln könne. Nachdem im Juni die Sicherung ertheilt worden war, die Operation bei dem Wachsen der Neubildung vorzunehmen, treffe die Schuld den Arzt, der das Wachsen übersehen und bestritten hatte, als Dr. Landgraf ein solches behauptete. Das Untersuchungsprotokoll über den Leichenbefund bestätigte die Wahrnehmungen der deutschen Ärzte.

Stuttgart, 10. Juli. Der „Staats-Anzeiger“ meldet über den Besuch des Prinzregenten Luitpold von Bayern in Friedrichshafen: Bei der Tafel erhob sich der König und brachte folgenden Toast aus: „Ich trinke auf das Wohl des Prinzregenten sowie die Fortdauer des gegenseitigen freundlichen Verhältnisses zwischen Bayern und Württemberg.“ Hierauf erwiederte der Prinzregent: „Ich erlaube mir auf das Wohl Ihrer Majestäten das Glas zu erheben; ich bin glücklich, daß ich mich schon seit langer Zeit der wohlwollenden Freundschaft Ihrer Majestäten erfreue; zugleich drücke ich meine Freude über die herzliche Fortdauer der freundlichen Beziehungen beider Länder zu einander aus. Hoch lebe das Königs paar von Württemberg.“ Der Prinzregent empfing den Minister v. Mittnacht in besonderer Audienz. Der König verließ dem Prinzregenten das zweite Feldartillerieregiment Nr. 29; die Einwohnerchaft brachte dem hohen Gast herzlichste und wärmste Ovationen dar.

Paris, 10. Juli. Bei dem gestrigen in Saint Servan (Bretagne) zu Ehren Boulangers stattgehabten Banket sprach derselbe die Hoffnung aus, daß ihm vor Ablauf eines Jahres sein Degen wieder zurückgegeben werden würde.

Danzig, 11. Juli.

* [Armenpflege-Statistik] Im Jahre 1885 ist bekanntlich eine Statistik der öffentlichen Armenpflege aufgenommen worden, deren Resultate jetzt in der „Statistik des deutschen Reichs“ zusammengestellt werden. Wir ersehen daraus, daß unter den Städten über 100 000 Einwohnern Danzig die verhältnismäßig höchste Zahl der aus Mitteln öffentlicher Armenpflege unterstützten Personen aufweist, nämlich 13.282 von 114.805 Einwohnern, d. i. 11,6 Prozent. Die nächsthöchste Zahl mit 10,4 Prozent weist Hamburg auf, dann folgen Breslau mit 9,8 Prozent, Königsberg mit 8,6, Bremen 8,2, Köln 7,8, Berlin 6,7, Elberfeld 6,5, Stuttgart 6,2, Düsseldorf 5,9, Frankfurt 5,8, Barmen 5,7, Altona 5,5, Leipzig 5,4, Magde-

burg 5,3, Dresden 5,1, Chemnitz 3,7, Hannover 3,6 Proc. Der Procentsatz der in offener Pflege unterstützten Armen betrug in Danzig 60 Proc., in Königsberg 70,5 Proc. Am höchsten war er in Bremen mit 78,9 Proc., dann kommt Breslau mit 75,1 Proc., Hamburg mit 67,3 Proc., Berlin 62,7 Proc. In allen übrigen Großstädten war das Verhältnis zwischen direct unterstützten und in Anstalten untergebrachten Armen ein annähernd gleiches, nur in Köln wurden nur 38,4 Prozent direct unterstützt und 61,6 Proc. waren in geschlossenen Anstalten untergebracht.

* [Fischerhafen bei Hela.] Auf Veranlassung des westpreuß. Fischervereins haite Herr Hafensbau-Inspector Kummer zu Neufahrwasser ein Project zur Anlage eines Fischerhafens auf der Halbinsel Hela entworfen, welches der Verein der Staatsregierung mit der Bitte um Prüfung und Ausführung einreichte. Dieses Gesuch ist vorläufig abschlägig bechieden worden, jedoch nicht, weil das Project in bautechnischer Hinsicht zu beanstanden wäre, sondern weil die Staatsregierung ein Bedürfnis zur Anlage eines Fischerhafens in Hela nicht anerkennt, auch die für den Fischervertrieb nothwendige Bahnverbindung nicht vorhanden sei. Der Fischerverein hält jedoch an der Auffassung fest, daß die Anlage eines Hafens in Hela ein für die Hebung der Fischerei in unserer Bucht und in dem angrenzenden Theil der Ostsee unumgängliches Erforderniß ist. Er will deshalb das Project weiter verfolgen und aus diesem Grunde hat der Vorstand dasselbe in seinen „Mitteilungen“ jetzt der Deutschen übergeben. Wir entnehmen der Beschreibung des Herrn Hafensbau-Inspectors Kummer das Nachstehende:

Entsprechend den hauptsächlich für Fischerboote in der Bucht gefährlichen Winden aus dem Quadranten von Nordwest bis Südost hat die in dem Entwurf für den Fischerhafen zu Hela zum Hafenschuh bestimmte Hauptmole eine nordöstliche Richtung und verläuft vom höheren Strand bei Hela anfangs in einer Krümmung von 200 M. Radius in einer Länge von 232 M., dann tangential in gerader südlicher Richtung in einer Länge von 100 M., mithin in einer Gesamtlänge von 332 M. etwas über die 3 M.-Linie hinaus, welche letztere in einer allgemeinen Entfernung von 150 M. vom Strand ab vor der Ortschaft Hela sich befindet. Diese Mole ist als Wellenbrecher in Stärken, wie sie den Wassertiefen, in welchen die Mole steht, entsprechen, nach dem Prinzip der steilen Hafendämme erbaut, wie solches jetzt in sämtlichen preußischen Ostseehäfen, in welchen Molenbau zur Ausführung gekommen ist, angewendet ist und sich durchaus als billig und haltbar bewährt hat. Der Unterbau besteht in der Hauptfase aus zwei gegenseitig verankerten gerammten schrägen Pfahlwänden, welche bis zum Mittelwasser mit großen Steinen ausgefüllt sind. Über Mittelwasser sollen nach erfolgtem Eichen der als Fundament dienenden Steinplatte künstliche Blöcke aufgestellt werden, die aus dem vorzüglich reinen Strandmaterial, welches sich in dem Normalstrand entsprechender Stärke bei Hela überall vorfinde, in Terbinburg mit Cement hergestellt werden. Die an den Längswänden entlanglaufende Gurtung besteht einfach aus Rundholz, von welchem einseitig eine starke Schwarte abgetrennt ist. Die Breite der Steinplattung zwischen den Pfahlwänden beträgt in der Wasseroberfläche bei den äußersten 100 Mtr. bei ca. 3,2 Mtr. Wassertiefe 3,5 Mtr., bei den weiteren 200 Mtr. bei ca. 2,5 Mtr. Wassertiefe 2,5 Mtr. Weiter nach dem Lande zu ist auf 32 Mtr. Länge nur die Brücke in derselben Art wie auf der Mole ausgebaut und eine der beiden Pfahlwände als Pfahluhne geschlagen, da hier von der Außenseite jedenfalls Verlandung zu erwarten ist. Durch diesen Wellenbrecher allein wäre schon gegen die für Fischerboote gefährlichen Stürme aus Nordwest bis Südwest vor dem Dorfe Hela eine gesicherte Liegestelle hergestellt. Zweifellos würde aber, wollte man diese Mole allein den Hafen bilden lassen, einmal bei Südostwind durch die Erweiterung des Hafens nach der Windrichtung und Verengung nach dem Lande zu sich eine bedeutende Dünning dafelbst bilden, dann aber würde auch leicht eine beiderseitige Verlandung der Molenwurzel eintreten und dadurch eine baldige Verlängerung des Wellenbrechers nothwendig werden. Es ist daher in ca. 240 Mtr. Abstand von der Wurzel der Westmole und ungefähr senkrecht auf die Richtung derselben zu, der Bau eines Pfahlwerks von 125 Mtr. Länge projektiert, welcher am Wellenbrecher noch eine Hafeneinfahrtöffnung von 50 Mtr. Weite läßt und ein Hafenbassin von rund 2,25 Hect. Größe einschließt. Um den durch die bedeutende Höhe über Mittelwasser häufig eintretenden starken Wellenbrüche aufzunehmen, ist die ganze Buhne mit aus Rundholzern bestehenden beiderseitigen festverschraubten Gurtungen versehen, welche durch Anlagen sowohl nach oben wie nach unten gehalten werden. Seeseitig ist am Fuß der Buhne eine Steinschüttung von mäßiger Ausdehnung angeordnet. Mit diesen beiden Werken ist der Fischerhafen für Hela, der als Liegplatz für hunderte von Fischerbooten dienen kann, vollendet; von Uferbedarfen, Bohlwerken u. s. w. wird vollständig abgesehen, da solche unnötig und kostspielig sind, der natürlich mit grobem Sande belegte Strand auch, wenn durch Molen geschützt, allen berechtigten Anforderungen genügt. Eine Baggerung ist ebenfalls nicht nötig, da im Hafeneingang eine Tiefe von ca. 3 Metern vorhanden ist und bis auf eine Entfernung von 50 Metern vom Strand überall noch 2 Meter Wassertiefe vorhanden sind. Die Kosten der Bau-Anlage sind auf 150 000 Mk. geschätzt.

Tilsit, 8. Juli. Ueber eine schwere Seismusung durch Hagelschlag leiten wir in der „Tilz. Ztg.“: Gestern Mittag fielen in den Ortschaften an der russischen Grenze die Hagelkörner dafelbst etwa eine Viertelstunde hindurch in der Größe von mittleren Kartoffeln. Es sind betroffen die Orte: Spingen, Steppen-Rödken, Mohlgirren, Bäuerlich-Gumbragirren, Chat-Gumbragirren, Laupenkirchen und eine Seite von Ufhamothenen. Wie uns eine Anzahl von Landleuten aus der heimgesuchten Gegend persönlich auf der Redaction versicherte, ist die Verwüstung schrecklicher Natur. Nicht nur die Kornfelder, sondern auch die Blätter der Kartoffeln sind zerstochen. Das Bedauerlichste ist, daß die Besitzer nicht gegen Hagelschlag versichert sind.

Vermischte Nachrichten.

* **Berlin**, 10. Juli. Die vom Carl Stangenschen Reisebüro (Berlin W., Mohrenstraße 10) arrangierte Gesellschaftsreise nach dem Nordcap ist am 8. d. Mts., die nach der hohen Tatra am 9. d. Mts. angetreten worden. Im Laufe des Sommers werden von demselben Bureau noch zwei Gesellschaftsreisen und zwei Extrafahrten nach dem skandinavischen Norden zur Ausführung kommen, ebenso im August eine Reise nach London und Brüssel. Nachher beginnen die Herbstreisen nach Italien, Spanien, Russland, Indien und dem Orient in der bisher eingehaltenen Reihenfolge. Prospekte für diese Reisen gibt Stangens Reisebüro gratis aus.

* [Fr. August v. Kaulbach] hat den „Münch. N. N.“ zufolge, um seine Erhebung von der Stellung als Director der kgl. Akademie der bildenden Künste zu München nachgeschaut. Die Beratlassungen soll hauptsächlich der Gesundheitszustand des Künstlers sein, welcher ihm nicht gesetzt, den Obliegenheiten seines verantwortungsvollen Amtes gleichzeitig mit einer erstaunlichen künstlerischen Thätigkeit gerecht zu werden. Ein maßgebender Stelle hofft man, die Akademie vor dem drohenden Verluste zu bemehren.

* [Ein scheußliches Verbrechen] ist im Christianskoog (Schleswig-Holstein) als Tageszeitung gekommen. Aus einem Schuppen vernahm ein Schornsteinfeger ein klägliches, herzbewegendes Wimmern. Nachdem er

gewaltsam die Thür des Nebengebäudes geöffnet hatte, entdeckte er zu seinem Erstaunen in einer Kiste ein etwa zehnjähriges, mit dem Tode ringendes Kind. Da nach ärztlicher Aussage das Kind bereits mehrere Tage keine Nahrung erhalten hat, wird angenommen, daß die Geistesleid sich mit der entsetzlichen Absicht getragen haben, das Kind dem Hungertode prezugeben, um das Erbtheil desselben an sich zu reißen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Plauen i. B., 8. Juli. [Mosen-Denkmal.] Heute fand hier — schreibt man der „Voss. Ztg.“ — unter Beteiligung eines nach Tausenden zählenden Publikums die Feier der Enthüllung des Julius Mosen-Denkmales statt, des Dichters aus dem Voigtslande, der seine Waldgrüne Heimat in so vielen seiner Poeten verherrlichte. Von den Reden, die am Fuße des von Bilbauer Siebz (Dresden) wunderbar modellirten Monuments gehalten wurden, war besonders die von Dr. Mosen (Ober-Bibliothekar zu Oldenburg), dem Sohne des Dichters, von ergreifender Wirkung. Zudem waren von den Angehörigen des durch das Denkmal Gesehellen der Bruder, Prof. Mosen in Zwicker, und eine 12jährige Enkelin erschienen. Die Idee zu der nun glänzend verwirklichten Denkmals-Errichtung war vom Verein „Voigtländische Studenten in Leipzig“ angeregt worden.

Schiffs-Nachrichten.

* [Del auf See.] Über den Gebrauch von Del zur Beruhigung der See ist den „Ann. der Hydrographie“ der folgende Bericht von dem Capitän des norddeutschen Dampfers „Main“, Herrn J. Schiemann, zugegangen.

„Im nachfolgenden Bericht erlaube ich mir meine Beobachtungen beim Delen während eines schweren Stürmes, den ich auf 41°—42° N. Br. und 53°—51° W. L. bestand, mitzuteilen: 5. Mai. Der Nordwestwind wehte mit Stärke 8—10 — während der Böen war er wohl noch steifer — mit Hagelschauer. Der „Main“ arbeitete furchtbar, doch war bis dahin noch keine See übergekommen, doch drohte jeder Brecher an Deck zu schlagen. Um jede Gefahr zu befreiten, beschloß ich zu ölen. 2 Uhr 30 Min. p. m. singen wir an. Im vordersten Heizercloset stellten wir einen Kessel mit einem kleinen Krahm, der direkt über dem Boden angebracht war und genau nach Tropfen regulirt werden konnte, auf. Gut festgelaft, ließen wir 50—55 Tropfen Del laufen. Das Del lief direct ohne Werg durch die Deffnung in die See. Das Closet war ungefähr 40 Fuß vom Steuern. Der Erfolg war alsbald bemerkbar, doch die Fahrt des „Main“ war wohl zu groß und die Richtung der See so eigenthümlich (4 bis 5 Strich von Backbord achter), daß das Del, das ja nur in geringer Quantität zu Wasser kam, sich kaum ausbreiten konnte und meistens erst zur Geltung kam, wenn die See schon hinter dem Schiff war. 3 Uhr 4 Min. p. m. hörte ich auf und versetzte den Kessel weiter nach achtern. Vorher hatte ich 60 bis 70 Tropfen Del in der Minute laufen lassen, doch sah ich deutlich, daß das Del sich nicht entwinden konnte. Im Kessel hatte ich 8 Kilogr. gewöhnliches Lampenöl; die Temperatur des Wassers betrug 14—12° C. Direct vor der Brücke in den Gängen stellten wir den Kessel wieder auf. 3 Uhr 20 Min. wurde der Krahm geöffnet und auf 70 Tropfen gestellt. Jetzt hatten wir eine sofortige und wirkliche wunderbare Wirkung. Die Brecher donnerten heran und es brachen die Rämme 2—3 Meter vom Schiff. Es war eine Freude, das zu sehen, wie die mächtigen Seen beim Überkappen plötzlich still wurden und verschwanden. Das Schiff lag bedeutend besser, kein Spritzer kam an Deck und wir konnten gut unseren Courses steuern. Gegen Abend ließen der Wind und die See nördlicher, so daß vorne beim Wellenbrecher eine schwere See überkam. Ich ließ sofort einen Delsack fertig machen (Perfennigstuch, unten 50 Cm. breit, weil ich eine größere Fläche für Lecklöcher haben wollte, 70 Cm. lang, nach dem Ende sich um 30 Cm. verjüngend mit doppelter Hahnepot zum Zusammenziehen, an derselben eine Schleife mit einem 2" Steer zum Festmachen). Es wurde 1/2 Kilogr. Werg in den Sack gefestet und 6 Kilogr. Del hineingegeben. Der Sack wurde außen an den Krahnbalken gebunden. Vorher ließ ich über den zugeschnürteten Sack einen dazu verfestigten Gürtel Brantum binden, um das Wasser abzuhalten, wenn der Sack eintauchte. Es hat sich dies bewährt. Den Delsack hatte ich deshalb unten breit machen lassen, um wie ich schon vorher erwähnte, eine größere Fläche für die Lecklöcher zu haben; das untere Eick war aus Drahtbendel, um etwas mehr Halt zu geben. Da der „Main“ vorne sehr schroff ist, so hing der Sack genügend frei. Die Wirkung war dieselbe wie bei dem Kessel, den ich von 7—7½ Uhr p. m. abstellen ließ, nachher aber mit 50 Tropfen in Gebrauch nahm. Um 9½ Uhr Abends nahmen Sturm und See ab. Das Schiff lag gut und so ließ ich um 10 Uhr p. m. aufhören mit Delen. Im Kessel war noch kaum 1/4 Agr. Derselbe war geöffnet in Thätigkeit von 2 Uhr 30 Min. mit 50—55 Tropfen, von 3 Uhr 20 Min. p. m. bis 7 Uhr p. m. mit 70 Tropfen, von 7 Uhr 30 Min. p. m. bis 10 Uhr p. m. mit 50 Tropfen, er hatte also im ganzen 6 Stunden 20 Minuten mit durchschnittlich 60 Tropfen in der Minute und 7½ Agr. Del, in der Stunde also 1,3 Agr. Del verbraucht. Im Verhältniß zu dieser verschwindend kleinen Quantität war der Erfolg ein ungeheuerer.“

Standesamt.

Vom 10. Juli.

Geburten: Mittelschullehrer Georg Wilhelm Jürgen, I. — Sergeant (haupts.) Friedrich Kemper, I. — Feuerwehrmann Hermann Holtz, I. — Arbeiter Josef Weichbrodt, I. — Schlosser Paul Querner, I. — Schuhmachermeister Gustav Adolph Klebb, G. — Reisschlägerges. Ernst Walter, I. — Schneideges. Samuel Leitau, I. — Regierungs-Supernumerar Gustav Julius Guschek, I. — Unehel.: 2 G., 2 T.

Aufgebote: Arbeiter August Klein und Johanna Kreuz. — Schuhmachergeselle Johann Paul Kahlke und Justine Kirsch. — Geschafter Johann Jacob Döppling aus Weßlau und Franiska Elisabeth Konowitsch von hier. — Heizer Karl Julius Richter und Anna Hulda Müller. — Schneidegeselle Friedrich Gottfried Mittel und Franziska Rosalie Wisniewski. — Maurer Franz Josef Kieband in Langfuhr und Mathilde Rosalie Kamörke in Pieckendorf. — Kaufmann Johann Gustav Witt und Elise Margarethe Hedwig Gutkowski. — Former Paul Julius Hermann Schendel hier und Selma Johanna Wilhelmine Böhnen in Ober-Ahlsdorf. — Heiraten: Arb. August Zielitzki und Maria Rukalla. — Schneidermeister Louis Robert Borkowski und Witwe Bertha Julianne Johanna Dörling, geb. Engler. — Sergeant im pomm. Jägerk. — Füsiliermeister — Regiment Nr. 2 Hermann Robert Heinrich Steinert und Louise Elma Melita Timmelmeyer. — Königl. Hauptollamts-Assistent Franz Christian Ludwig Voigt und Martha Elise Gerlach.

Todesfälle: G. b. Disponenten Ludwig Lange, 12 M. — G. d. Arb. Andreas Schwarz, 4 J. — Arb. Ferdinand Rose, 33 J. — I. d. Schuhmachermeisters Hermann Drews, 6 M. — Rentier Emil Löwenstein, 62 J. — I. d. Zimmerges. Karl Dorowksi, 4 M. — Frau Adeline Perls, geb. Fabian, 35 J. — Landgerichtsrath a. D. Franz Valentini Hoffmann, 74 J. — I. d. Oberkellners Paulus Juzinski, 3 M. — G. d. Buchbinders August Figurski, 2 J. — Buchhalter Philipp Meitrowsky, 63 J. — Wm. Caroline Dorothea Schütt, geb. Wittreich, 67 J. — Unehel.: 1 T.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 10. Juli. (Abendbörse.) Destr. Creditactien 253½, Franzen —, Lombarden 79½, ungar. 4% Goldrente 90, Russen 84,20. Tendenz: fest.

Wien, 10. Juli. (Abendbörse.) Destr. Creditactien 310,20, ungar. 4% Goldrente 101,85. Tendenz: fest.

Paris, 10. Juli. (Schlußcourse.) Amortis. 3% Rente 88,15. 3% Rente 83,50, ungar. 4% Goldrente 82½, Franzen 478,25, Lombarden 201,25, Türken 15,02½, Aegypt. 430,00. Tendenz: fest. — Rohzucker 880 loco

39,00, weißer Zucker per laufenden Monat 42,00, per Juli 42,00, per Juli-August 42,00. Tendenz: fest.

London, 10. Juli. (Schlußcourse.) Engl. Consols 99½, 4% preuß. Consols 105½, 5% Russen von 1871 90, 5% Russen von 1873 98½, Türken 14½, ungar.

4% Goldrente 81½, Aegypt. 74½. Plakbdiscont 11½%. Tendenz: ruhig. — Havanna-Zucker Nr. 12 15½, Rübenzucker 14 — Tendenz: ruhig.

Petersburg, 10. Juli. Wechsel auf London 3 M. 105,25. 2. Orient-Anleihe 98½, 3. Orient-Anleihe 98½.

Liverpool, 9. Juli. Baumwolle. (Schlußbericht.)

